

Zeitschrift:	Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber:	Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band:	83 (2003)
Heft:	4
Artikel:	Die deutsche Krise : eine Diskussion über die Besitzstände ist dringend
Autor:	Schmieding, Holger
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-166860

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DIE DEUTSCHE KRISE

Eine Diskussion über die Besitzstände ist dringend

Deutschland steckt in seiner schwersten Krise seit mehr als fünfzig Jahren. Zum dritten Mal in Folge wird die Wirtschaftsleistung in diesem Jahr um weniger als ein Prozent zulegen. Die Wirtschaft bedarf einer grundlegenden Sanierung. Vor harten Massnahmen sollte man daher nicht zurückschrecken.

Holger Schmieding
(45) ist Chefvolkswirt für Europa bei der Bank of America in London. Nach einem Studium der Volkswirtschaft in München, London und Kiel hat er bei Herbert Giersch an der Universität Kiel promoviert. Er ist Verfasser zahlreicher wissenschaftlicher Aufsätze und dreier Monographien zur deutschen Wirtschaftsgeschichte, zum Transformationsprozess in Mittel- und Osteuropa sowie zur Fragen der europäischen Integration.

Die lockere Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und die vergleichsweise rege Auslandsnachfrage haben zwar den Aktienmarktschock abgefedert und eine scharfe Rezession verhindert. Aber die Tatsache, dass die Wirtschaft in Deutschland bereits seit 1995 im Schnitt um ein Prozent pro Jahr langsamer wächst als in den anderen Ländern des Euroraumes, zeigt die hausgemachte Schwäche. Während die Zahl der Arbeitslosen in den letzten sieben Jahren in Deutschland gestiegen ist, ging die Arbeitslosenquote anderswo im Euroraum um 3,5 Prozent zurück. Hätte Deutschland sich nicht vom europäischen Wachstumszug abgekoppelt, würde die strukturelle Arbeitslosigkeit jetzt auf einem Niveau liegen, das als Vollbeschäftigung gelten könnte.

Die allgemeinen Ursachen der deutschen Dauerstagnation sind wohl bekannt: überhöhte Lohnnebenkosten, ausufernde Regulierungen, ein leistungsfeindliches Steuer- und Sozialsystem und vor allem die Weigerung der Gewerkschaften, die Last der deutschen Vereinigung durch zurückhaltende Lohnabschlüsse mitzutragen. Deutsche Unternehmen schaffen Arbeitsplätze deshalb lieber in Ungarn und Shanghai, statt in Unna oder Stendal.

Dass Deutschland vom Wunderkind zum kranken Mann Europas geworden ist, hat vielfältige wirtschaftshistorische Ursachen. Eine wichtige Rolle spielt die Erblast der Wiedervereinigung. Es lässt sich trefflich darüber streiten, ob der weit überhöhte Austauschkurs von 1:1 und der gleichzeitige Anstieg der ostdeutschen Nominallöhne 1990 vermeidbar gewesen wäre oder nicht. Die Tatsache bleibt, dass die ostdeutsche Wirtschaft schlagartig auch den Rest ihrer Wettbewerbsfähigkeit einbüste. Die Lücke zwischen einem

zunehmenden Lebensstandard und einer abnehmenden Eigenproduktion in den neuen Ländern wurde durch Transfers aus dem Westen gefüllt, die in den Anfangsjahren an 5 Prozent der westdeutschen Wirtschaftsleistung heranreichten und auch mehr als zehn Jahre danach weiterhin bei über 3 Prozent liegen.

Finanziert wurden und werden diese Sozialtransfers zu einem erheblichen Teil über höhere Lohnnebenkosten. Dies hat in Westdeutschland einen Teufelskreis in Gang gesetzt. Höhere Beiträge der Arbeitgeber zur Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung verteuern den Faktor Arbeit. Die Unternehmen schaffen weniger Arbeitsplätze im Inland und investieren mehr im Ausland. Als Folge steigt die Arbeitslosigkeit, was wiederum die Beitragssätze zu den Sozialversicherungen und damit die Lohnkosten in die Höhe treibt und weitere Wachstumschancen und Arbeitsplätze vernichtet. Wenn dieser Teufelskreis nicht durchbrochen wird, droht der deutschen Wirtschaft letztlich der Ruin – und den Menschen der Zusammenbruch der Sozialsysteme.

Die deutsche Wirtschaft leidet an dem, was *Herbert Giersch* schon in den Achtzigerjahren als «Eurosklrose» diagnostiziert hat. Allerdings ist Deutschland, gemessen an seiner Regulierungsdichte, nicht sklerotischer als Nachbarländer wie Frankreich, Italien und Österreich. Auch die Reallohne der Arbeitnehmer sind in Westdeutschland in den letzten zwölf Jahren für sich genommen nicht übermäßig gewachsen. Das deutsche Problem besteht darin, dass als Folge der Vereinigungslasten der Reformbedarf in Deutschland wesentlich höher ist als anderswo. Als Reaktion auf den kräftig eingeengten Verteilungsspielraum hätten die Reallohn-

zuwächse weit hinter dem Produktivitätsfortschritt zurückbleiben müssen, um Platz für die Sozialtransfers in die neuen Bundesländer zu schaffen. Es hat weder eine solche Lohnzurückhaltung gegeben noch hinreichende Reformen, um den Verteilungsspielraum entsprechend auszudehnen.

Rezepte gegen die Krise

Die Diagnose der deutschen Krankheit liefert das gedankliche Gerüst, um Ansätze zur Therapie entwerfen und beurteilen zu können.

Zum einen geht es darum, den Verteilungsspielraum zu vergrößern. Deshalb müssen die Lohnnebenkosten gesenkt und kostentreibende Regulierungen abgebaut werden. Mit einer Reform der Sozialsysteme muss den Bürgern mehr Eigenverantwortung gestattet und zugemutet werden. Dazu gehört es auch, die Arbeitslosenhilfe auf das Niveau der Sozialhilfe zu kürzen und den teuren Kündigungsschutz zu mildern, der sich in Deutschland zu einem entscheidenden Einstellungshemmnis entwickelt hat. Um Investitionen anzuregen und so den privatwirtschaftlichen Verteilungsspielraum auszudehnen, müssen der Arbeitsmarkt flexibler, der Staat schlanker und die Steuerlast geringer werden.

Zum anderen geht es darum, die Arbeitnehmer dazu zu bewegen, im Interesse ihrer Arbeitsplätze und ihres langfristigen Wohlstandes den jährlichen Verteilungsspielraum so lange nicht voll auszuschöpfen, bis die Fehler der Vergangenheit ausgeglichen sind und wieder Vollbeschäftigung herrscht. In einigen kleineren Ländern Europas, so in den Niederlanden, ist es der Politik schon vor längerer Zeit gelungen, die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände auf eine langfristige Strategie zurückhaltender Lohnzuwächse festzulegen. Entsprechend blühen in und um Amsterdam heute nicht nur die Tulpen, sondern die Wirtschaft ganz allgemein.

In Deutschland sind hingegen alle Versuche gescheitert, durch ein Bündnis für Arbeit an des Kanzlers rundem Tisch ein Wohlverhalten der Funktionäre herbeizureden. Deshalb bleibt Deutschland nur der harte Weg, mit dem vor knapp zwanzig Jahren *Margaret Thatcher* die britische Misere beendete und ihr Land wieder in ein europäisches Wachstumszentrum verwan-

Das deutsche Problem besteht darin, dass als Folge der Vereinigungslasten der Reformbedarf in Deutschland wesentlich höher ist als anderswo.

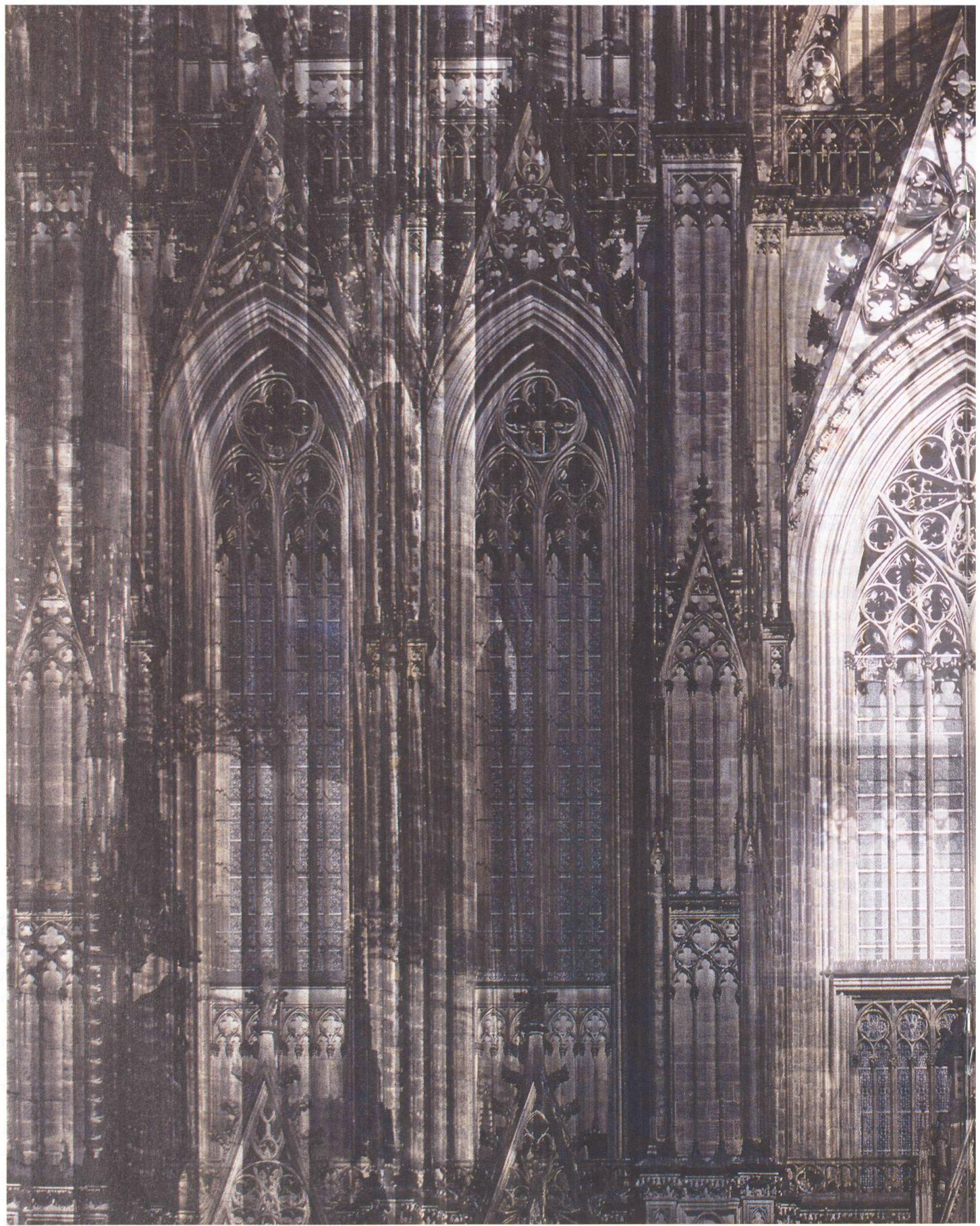
delte: Die Politik muss den Würgegriff des Tarifkartells brechen und den Einfluss der überörtlichen Gewerkschaftsbosse zugunsten betrieblicher Lösungen beschneiden. Regelungen auf Betriebsebene zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sollten grundsätzlich Vorrang vor regionalen Tarifverträgen bekommen, wenn der entsprechende Betriebsrat oder die Mehrheit der Arbeitnehmer eines Unternehmens zustimmt; das Günstigkeitsprinzip im Sozial- und Arbeitsrecht sollte grundsätzlich im Sinne des Erhaltes eines Arbeitsplatzes und nicht im Sinne eines kurzfristigen finanziellen Vorteils für die Noch-Beschäftigten konkretisiert werden.

Mitte der Neunzigerjahre hatte vor allem *Wolfgang Schäuble* versucht, mit einigen Reformen das Ruder herumzureißen. Ge nannt seien vor allem die eingeschränkte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, ein leicht gelockerter Kündigungsschutz, bessere Bedingungen für Niedriglohnstellen und eine vergleichsweise konsequente Rentenreform. Nicht zuletzt dank dieser Initiativen hat die deutsche Wirtschaft anschließend für einige Jahre wieder ein wenig Fuss fassen können. Allerdings hat die Regierung *Schröder* unmittelbar nach ihrem Amtsantritt Ende 1998 fast all diese Reformen zurückgenommen – und damit letztlich selbst ihre heutige Krise heraufbeschworen. Deutschland steht heute mehr denn je als der kranke Mann Europas da. Als Teil der Reformagenda sollten die wesentlichen Ansätze von Schäuble wieder in Kraft gesetzt werden.

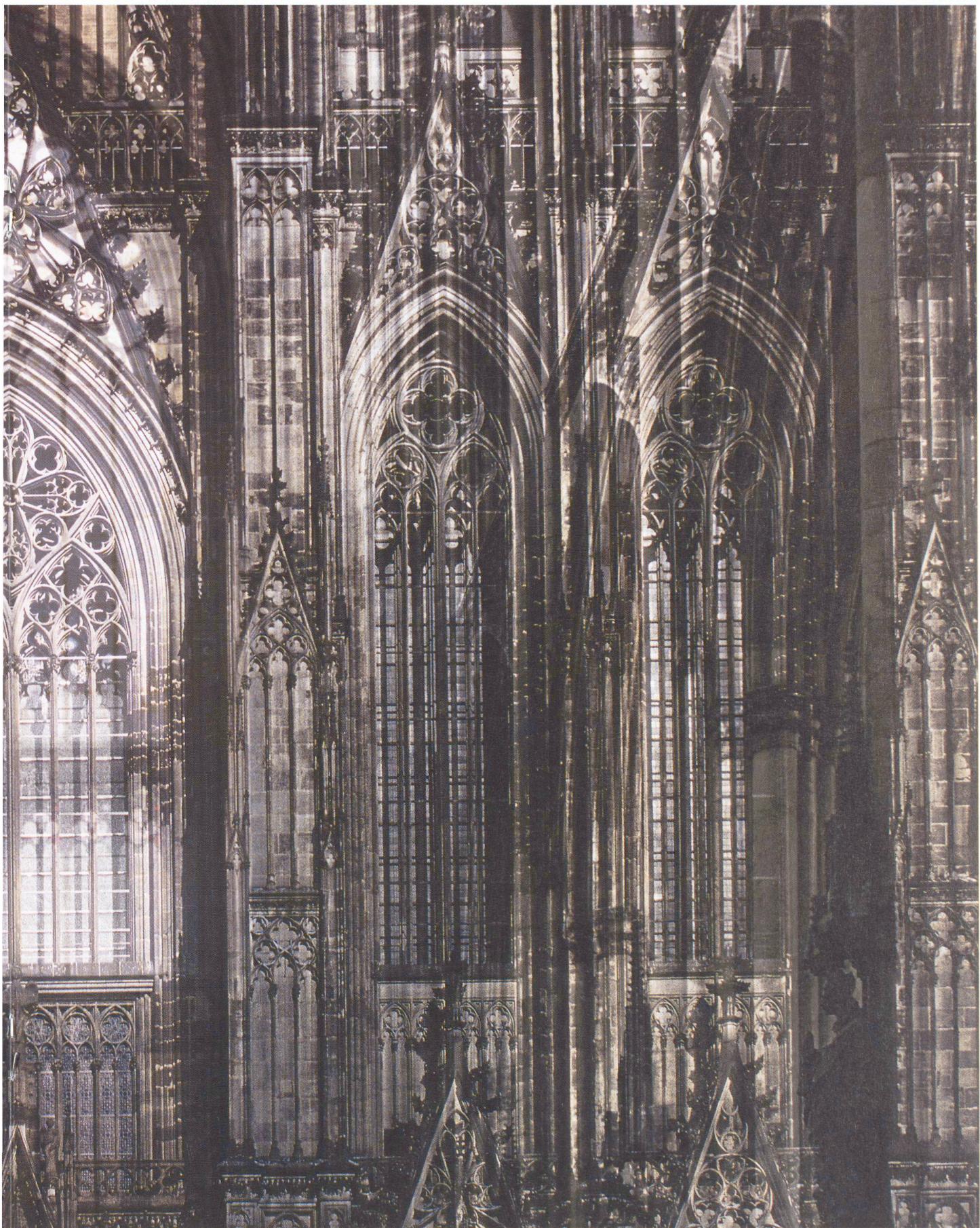
Das Gespenst der Deflation?

In Diagnose und Therapievorschlägen habe ich Arbeitskosten und Institutionen in den Vordergrund gestellt. Es gibt jedoch eine alternative Sichtweise, die vor allem makroökonomisch ausgerichtet ist. Demnach leidet Deutschland wie Japan an einer zu restriktiven Geld- und Fiskalpolitik und sieht sich deshalb mit der Gefahr einer Deflation konfrontiert.

Ähnlich wie Japan, das sich wirtschaftspolitisch verausgabt hat, kann Deutschland weder die Geld- noch die Fiskalpolitik einsetzen, um seine lahmende Binnenkonjunktur kurzfristig zu stimulieren. Die Zinsen werden von der Europäischen Zentralbank gesetzt, die Haushaltspolitik hat



Roland Fischer, Köln A, 1996, 182 x 212 cm



als Folge vergangener Sünden ihren Spielraum weitgehend eingebüsst. Und ebenso wie in Japan stellen ein verkrusteter Arbeitsmarkt und eine alternde Bevölkerung das Sozialsystem vor immer grössere Probleme, während gleichzeitig übermächtige Interessengruppen die notwendigen Reformen verhindern.

Die Deflationsdebatte läuft jedoch auf eine Fehldiagnose hinaus. Deflation bezeichnet einen anhaltenden Rückgang des Preisniveaus. Da die Verbraucher erwarten, dass Güter und Dienstleistungen in der Zukunft billiger sein werden als heute, halten sie sich heute mit Käufen zurück. Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage bricht ein. Von einer solchen Deflation ist Deutschland weit entfernt. Die Preise für Dienstleistungen, die am besten den hausgemachten Preisdruck widerspiegeln, steigen mit Raten um ein bis zwei Prozent. Bereinigt um die allgemeine Inflationsrate sind die Zinsen so niedrig, wie sie es auch zu Zeiten der Bundesbank in konjunkturellen Krisen im Regelfall gewesen sind. Auch die Fiskalpolitik und der Europäische Stabilitätspakt können kaum als Sündenbock herhalten. Mehr aus Zufall denn aus antizyklischer Absicht hat Deutschland die Einkommensteuern zu Beginn des Abschwungs in den Jahren 2000/2001 sogar spürbar gesenkt. Auch dieser Stimulus hat aber den Abschwung nicht aufhalten können.

Deutschlands aktuelles Problem sind stattdessen die Lohn- und Lohnnebenkosten. Im Frühjahr 2002 haben die Gewerkschaften Lohnerhöhungen von drei bis vier Prozent durchgesetzt, obwohl allenfalls ein Zuwachs von zwei Prozent vertretbar gewesen wäre. Der Doppelschlag der überhöhten Lohnabschlüsse und der nachlassenden Weltkonjunktur im Gefolge der unerwartet tiefen Aktienkrise hat viele Unternehmen in die Knie gezwungen.

Wie unsere Analyse gezeigt hat, können weder die zurückliegende Lohnrunde noch der neue Anstieg der Lohnnebenkosten im Jahr 2003 als einmalige Betriebsunfälle abgetan werden. Ähnlich krasse Fehler hat es immer wieder gegeben. Auch 1995 hatten zu hohe Lohnabschlüsse dazu beigetragen, einen wirtschaftlichen Aufschwung abzutüpfeln.

In einer Beziehung kann Japan allerdings als warnendes Beispiel dienen: Seitdem im Land der aufgehenden Sonne eine

*Wenn die
deutsche
Wirtschaft noch
lange stagniert,
könnte sich
die Krise im
deutschen
Bankwesen
zuspitzen.*

grosse Aktien- und Immobilienblase geplatzt ist, sind die japanischen Banken wie gelähmt. Sie vergeben zu wenig Kredite und kommen ihrer gesamtwirtschaftlichen Funktion als Mittler zwischen Sparern und Investoren nicht mehr nach. Bisher haben Deutschlands grosse Banken zwar eine Ertragskrise. Sie leiden jedoch noch nicht an einem Übermass an faulen Krediten nach der Art Japans. Wenn die deutsche Wirtschaft allerdings noch lange stagniert, könnte sich die Krise im deutschen Bankwesen zuspitzen und die Wirtschaft einer echten Kreditklemme aussetzen. Auch dies ist ein Grund, möglichst unverzüglich einschneidende Reformen einzuleiten.

Sicher kann die deutsche Wirtschaft nach dem Ende der Irak-Krise auch ohne grosse Reformen einen gewissen Aufschwung erleben. Aber eine rein zyklische Erholung würde die Gefahr nicht vermindern, dass das Land im nächsten Abschwung noch tiefer in den Schlamassel geraten könnte. Der Blick auf die Europäische Zentralbank hilft dabei wenig. Die Zinsen sind bereits niedrig. Die deutsche Angebotsschwäche lässt sich durch keine noch so nachgiebige Zinspolitik kurieren.

Die Stunde der Politik

Die missliche Lage, die ihren Niederschlag im Anstieg der Arbeitslosenzahl auf über 4,7 Millionen im Februar 2003 gefunden hat, beinhaltet auch eine Chance: In der Bevölkerung ist die Einsicht mittlerweile weit verbreitet, dass etwas geschehen muss, auch wenn niemand seine eigenen Besitzstände als Erster preisgeben möchte.

Die deutsche Politik hat die Wahl zwischen Stillstand oder Reformkonsens. Bis zum Herbst 2004 stehen keine folgenschweren Landtagswahlen mehr ins Haus, schmerzhafte und zunächst unpopuläre Reformen könnten noch bis zum nächsten Urnengang auf Bundesebene im Herbst 2006 sichtbare Früchte tragen. Würden Regierung und Opposition, die durch die Machtverhältnisse in Bundestag und Bundesrat auf Gedeih und Verderb aneinander gekettet sind, in den kommenden Monaten mutige Reformen vorantreiben, könnte dies die deutsche Wirtschaft nachhaltig beleben und dazu beitragen, die Kurse deutscher Aktien zu stabilisieren. ♦

*Eine ungekürzte Version
des vorliegenden
Beitrags kann über die
Schweizer Monatshefte
bezogen werden
(info@schweizermonats-
hefte.ch)*